Extrait du registre aux délibérations du Conseil Communal Séance publique du 27 février 2002

Date de la convocation des conseillers: 20 février 2002

Date de l'annonce publique de la séance: 20 février 2002

Présents: M. Bormann, bourgmestre
Mme Krack-Casel, M. Simon, échevins
MM. Bertemes, Ewertz, Lehnens, Schon, conseillers
M. Stein, secrétaire

Absents: a: excusé -----

b: sans motif -----

Point de l'ordre du jour:
Objet:

No 7

Approbation d'un règlement concernant les chemins ruraux, vicinaux et forestiers

Le conseil communal,

Gesehen den Erlass vom 14. Dezember 1789 betreffend die Verfassung der Gemeindeverwaltungen;

Gesehen den Erlass vom 16. - 24. August 1790 über das Gerichtswesen;

Gesehen den Erlass vom 19. - 22. Juli 1791 betreffend die Gemeindepolizei;

Gesehen den Erlass vom 28. September - 06. Oktober 1791 betreffend die ländlichen Güter und Gebräuche der Landpolizei;

Gesehen das Gesetz vom 12.7.1844 über die Vizinalwege;

Gesehen das Gesetz vom 14. Februar 1955 über die Regelung des Verkehrs auf allen öffentlichen Strassen sowie es in der Folge abgeändert und ergänzt wurde;

Gesehen den großherzoglichen Beschluss vom 23. November 1955 über die Regelung des Verkehrs auf allen öffentlichen Strassen sowie er in der Folge abgeändert und ergänzt wurde;

Gesehen das Gesetz vom 29.07.1965 betreffend den Naturschutz;

Gesehen das Gemeindereglement über die Feld- Wald- und Vizinalwege vom 27. Juli 1971;

Gesehen das Gesetz vom 21. November 1980 über die Organisation der Direktion des Gesundheitswesens;

Gesehen das Gesetz vom 11. August 1982 über den Schutz der Natur und der Naturgüter;

Gesehen das Gemeindegesetz vom 13. Dezember 1988;

Gesehen das Gesetz vom 13. Juni 1994 über die Strafbestimmungen so wie es durch das Gesetz vom 1. August 2001 betreffend den Übergang zum Euro abgeändert wurde;

Gesehen das großherzogliche Reglement vom 6. Januar 1995 betreffend die Regelung der Arbeiten zur Bewirtschaftung, Bepflanzung und Verbesserung sowie des Verkaufs in verwalteten Forsten;

Gesehen das Gesetz vom 31. Mai 1999 betreffend die Schaffung eines großherzoglichen Polizeikorps und einer Generalinspektion der Polizei;

Gesehen das Gutachten des mit der Sanitätsinspektion betrauten Arztes vom 14. Januar 2002

beschließt einstimmig

folgendes Reglement über die Feld- und Waldwege sowie die deklassierten Vizinalwege der Gemeinde Grosbous zu erlassen:

Artikel 1.- Unbeschadet anderer gesetzlicher oder reglementarischer Bestimmungen betreffend die Staats- und Gemeindewege, gelten die Vorschriften des gegenwärtigen Reglements für sämtliche Feld- und Waldwege sowie deklassierten Vizinalwege, welche dem öffentlichen Verkehr dienen, sogar wenn es sich um Privateigentum handelt. Betroffen sind auch aus früher bestehenden Syndikaten angelegte Wege, oder deklassierte Vizinal- oder Verbindungswege, deren Unterhalt ganz oder teilweise der Gemeindeverwaltung obliegt.

Ausgeschlossen sind private Erschließungswege, sowie Ortswege, welche der Holzbringung aus dem Gemeindewald oder anderen, dem Forstregime unterstellten Waldungen, dienen. Letztere unterliegen dem oben erwähnten großherzoglichen Reglement vom 6. Januar 1995.

Die Feld-, Wald- und Vizinalwege, welche dem gegenwärtigen Reglement unterliegen, werden in der Folge kurz «Wege» genannt.

Artikel 2 - Eigentümer von Bäumen und Hecken längs der Wege sind verpflichtet, dieselben derart zu beschneiden, dass die Äste nicht auf den Weg überhängen können und stets die volle Fahrbahn frei bleibt.

Das Beschneiden der Hecken auf eine Maximalhöhe von 1,50 Meter muss zwischen dem 1. Oktober und dem letzten Februar des darauffolgenden Jahres erfolgen. Beschneidet der Eigentümer seine Hecken nicht, obwohl er dazu ordnungsgemäß von Seiten der Gemeinde aufgefordert worden war, so kann die Gemeindeverwaltung besagte Arbeiten im angegebenen Zeitrahmen auf Kosten des Versäumers ausführen lassen.

Eigentümer, welche Hecken längs der Wege pflanzen, sind verpflichtet, einen Mindestabstand von 1 Meter von der Weggrenze einzuhalten.

Beim Pflanzen von Bäumen, welche eine Höhe von mehr als 2 (zwei) Metern erreichen, muss ein Mindestabstand von 2 (zwei) Metern von der Weggrenze eingehalten werden.

Unbeschadet anderer gesetzlicher oder reglementarischer Bestimmungen müssen sämtliche Neubauten und Umbauten mindestens 1 (einen) Meter von der äußersten Weggrenze entfernt sein

Als Weggrenze gilt, im Sinne des gegenwärtigen Reglements, die äußerste Kante des Weges, einschließlich der Ausschachtungsplattform, der Entwässerungsanlagen, der Böschungen und anderer zum Wegnetz gehörigen Vorrichtungen, wie Holzlagerplätze, Wendeplätze usw.

Artikel 3.- Umzäunungen dürfen nur im Mindestabstand von 50 Zentimeter von der Weggrenze entfernt errichtet werden. Dabei ist es verboten, die öffentliche Fahrbahn mit in die Umzäunung einzubegreifen.

Bei Reparatur- und Ausbesserungsarbeiten bestehender Umzäunungen müssen die vorstehenden Abstände respektiert werden.

Längs der Wege darf nur Gladdraht bei der Errichtung von Zäunen verwendet werden. Es ist jedoch gestattet, hinter einer normalen

Umzäunung bestehend aus mindestens fünf glatten Drähten oder einem Maschendraht, eine zweite Umzäunung aus maximal drei Stacheldrähten zu errichten. Der oder die Stacheldrähte müssen mindestens 25 Zentimeter hinter der normalen Umzäunung angebracht werden und dürfen diese weder nach oben noch nach unten überragen. Die Eingangspforten der Viehpferchen sind so anzulegen, dass sie nicht nach außen öffnen.

Artikel 4.- Ausfahrten über Gräben müssen mit Abflussröhren versehen sein, deren Durchmesser von der Gemeinde von Fall zu Fall bestimmt wird. Die beiden Seiten dieser Durchlässe müssen aus Mauerwerk oder Rohrköpfen bestehen. Die Gemeindeverwaltung bestimmt den Umfang und die Beschaffenheit der auszuführenden Arbeiten. Die Fahrbahndecke muss in jedem Fall aus festem Material (Asphalt oder Beton) hergestellt sein. Der Unterhalt dieser Anlagen obliegt den jeweiligen Benützern.

Artikel 5.- Es ist verboten, Grenzsteine, welche die Wegbreite angeben zu entfernen oder zu versetzen, Entwässerungsgräben aufzufüllen sowie Wegränder oder Wegböschungen zu bepflanzen oder zu beschädigen.

Artikel 6.- Bei sämtlichen Bestells- oder Erntearbeiten ist das Übergreifen auf die Wege untersagt. Das Wenden muss auf dem Grundstück selbst erfolgen. Längs der Wege ist ein hierzu bestimmter Wendestreifen anzulegen.

Artikel 7.- Das Auspflügen der Wege, das Herausreißen der Wegbefestigungen und der Bordsteine, das Beschädigen oder Verstopfen der Abflussrohre, sowie jede andere böswillige Beschädigung der Wege ist verboten.

Die Räder oder Laufflächen der Fahrzeuge und Maschinen dürfen die Wege nicht beschädigen. Des weiteren ist es verboten, die Holztransporter ohne Holzbohlen auf den Wegen zu verankern.

Artikel 8.- Es ist verboten, Schutt, Produkte aus Wald und Flur, Dünger oder Abfälle irgendwelcher Art auf den Wegen zu lagern.

Erde, Mist und sonstige Materialien, Gegenstände, Stoffe oder Flüssigkeiten, welche bei den Bestells- bzw. Erntearbeiten auf die Wege gelangen, sind durch den Verursacher umgehend zu entfernen, sofern sie den Verkehr behindern oder gefährden können oder eine sonstige Gefahr darstellen können.

Artikel 9.- Bei Tauwetter, Glatteis, anhaltenden Regenfällen, bei Schneeschmelze sowie bei großer Hitze ist der Verkehr, sowie das Rücken und der Transport von Holz, Erde oder Steinbruchprodukten, in dringenden Fällen, insbesondere wenn den Wegen schwere Beschädigungen drohen, untersagt.

Der Urheber der erfolgten Beschädigung ist in jedem Falle verpflichtet, den angerichteten Schaden innerhalb einer Frist von 6 Monaten zu ersetzen.

Artikel 10.- Unabhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen bedürfen kommerzielle Unternehmen zwecks Benutzen der Wege zum Rücken sowie zum Abtransport von Holz und Wald- sowie Steinbruchprodukten mittels Lastkraftwagen, Ruckertraktoren oder sonstigen schweren Arbeitsmaschinen, einer vorherigen Genehmigung durch den Bürgermeister. Der Auftraggeber (Eigentümer oder Verwalter) der Arbeiten ist des weiteren verpflichtet, vor Beginn der Arbeiten eine Kautions- oder alternativ eine Bankgarantie zu hinterlegen, deren Höhe

vom Gemeinderat festgelegt wird.

Vor Beginn resp. Wiederaufnahme dieser Arbeiten wird eine gemeinsame Ortsbesichtigung mit dem Auftraggeber vorgenommen, um den Zustand des oder der Wege festzustellen. Hierbei kann die Gemeindeverwaltung, mittels einer schriftlichen Vereinbarung den Auftraggeber dazu verpflichten, für die von ihm oder von ihm beauftragten Personen an den Wegen verursachten Schäden aufzukommen.

Die Genehmigung der Gemeinde erfolgt schriftlich und ist zeitlich begrenzt. Die Bestimmungen des Art. 9 vorliegenden Reglements werden durch die Genehmigung nicht aufgehoben.

Artikel 11.- Beim Besichtigen der Wege wird ebenfalls der Standort der Lagerplätze entlang der Wege festgesetzt, sowie deren Ausmaße und zeitliche Dauer.

Eine zeitliche Verlängerung der Lagerung ist nur bei besonderen Umständen möglich und bedarf der schriftlichen Form.

Wird die festgesetzte Lagerfrist überschritten, wird dem Eigentümer oder Verwalter seitens der Gemeindeverwaltung mittels Einschreiben eine letzte Frist gewährt. Der Eigentümer oder Verwalter wird ebenfalls davon in Kenntnis gesetzt, dass das betreffende Material von der Gemeindeverwaltung zu seinen Lasten entfernt werden, falls die gewährte endgültige Frist nicht beachtet wird.

Gerücktes Holz und andere Waldprodukte sind so zu kennzeichnen, dass der Eigentümer oder Verwalter zweifelsfrei ermittelt werden kann. Als Übergangsbestimmung wird nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Reglements eine Frist von drei Monaten für jeden bestehenden Lagerplatz gewährt.

Artikel 12.- Schichtholzstapel und Lagerholzpolter sind nur auf ebenem Gelände und in einem Mindestabstand von 1 Meter von der Weggrenze entfernt erlaubt. In Kurven sind letztere gänzlich untersagt, soweit sie die Sicht behindern und eine Gefahr für den Verkehr bedeuten. Bei Härtefällen, bedingt durch die topographische Lage, können Abweichungen von obigen Bestimmungen beim Bürgermeister beantragt werden, wenn die Sicherheit und die Rechte Dritter gesichert bleiben.

Artikel 13.- Der Eigentümer oder Verwalter des Holzstapels trägt die Verantwortung dafür, dass die Lagerplätze nach deren Räumung in den ursprünglichen Zustand versetzt werden, widrigenfalls dies durch die Gemeindeverwaltung, zu Lasten des Käufers durchgeführt werden kann, nachdem dieser per Einschreiben darauf hingewiesen wurde.

Artikel 14.- Je nach Ortslage, jedoch unbedingt wenn bei Rücke- und Verladearbeiten Verkehrsbeeinträchtigungen vorhersehbar sind, müssen die Lager- und Verladeplätze durch den ausführenden Unternehmer von beiden Seiten her ordnungsgemäß beschildert werden.

Artikel 15.- Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften gegenwärtigen Reglements werden in Ausführung des Art. 26 des Gesetzes vom 13. Juni 1994 über die Strafbestimmungen, so wie es durch das Gesetz vom 1. August 2001 betreffend den Übergang zum Euro abgeändert wurde, mit einer Geldbusse von mindestens 25.- € und maximal 250.- € geahndet, unter Vorbehalt anderer strengerer gesetzlicher Verfügungen. Außerdem hat der Verurteilte den angerichteten Schaden wieder gut zu machen.

Artikel 16.- Gegenwärtiges Reglement ersetzt das Reglement über die Feld- Wald- und Vizinalwege vom 27. Juli 1971 und tritt am 1. März 2002 in Kraft.

et prie

l'Autorité supérieure de bien vouloir approuver la présente délibération.

Ainsi délibéré en séance, date qu'en tête.

(suivent les signatures)